

Prof. Wilfried Maier

Auszug aus: **Rohnstock-Salon 27. Februar 2014 – Redemanuskript**

Grundsatz stabiler Preise für Waren des Grundbedarfs,

In den Nachkriegsjahren war der Preisstopp und die strenge Kontrolle seiner Einhaltung ohne Zweifel unerlässlich. Strafen, die manchem aus heutiger Sicht übertrieben erscheinen, haben geholfen, Schwarzmarkt und Schieberei in der DDR auf ein geringes Maß zu begrenzen.

Die stabilen Preise für Lebensmittel, Industriewaren, Mieten und Tarife waren in dieser Zeit für die soziale Sicherheit der Bürger von existenzieller Bedeutung. Jedes Land, das sich in einer vergleichbaren Situation befindet - sei es nach einer Naturkatastrophe, sei es nach einem Währungskollaps oder infolge von Kriegen – ist gut beraten, eine Rationierung zu prüfen und für alle oder existenzielle Teile der Produkte und Leistungen einen Preisstopp zu verhängen.

Mit der Abschaffung der Lebensmittelkarten für Brot, Butter, für Schuhe Textilien und 1958 für Fleisch wurde das doppelte Preisniveau Schritt um Schritt beendet. Etwa zu dieser Zeit wäre die Frage legitim gewesen, ob stabile Preise im Sinne eines Preisstopps weiter für alle Produkte und Leistungen zur Wahrung der sozialen Sicherheit der Menschen notwendig sind.

Die Frage wurde nicht gestellt. Eine der Ursachen dafür war ein Missverständnis der Marx'schen Werttheorie. Man ging davon aus: weil steigende Arbeitsproduktivität zu sinkenden Kosten führt, muss Kostensenkung im Sinne des Wertgesetzes zwangsläufig zu sinkenden Preisen der Waren und Leistungen führen.

In den 70er Jahren nahmen vor allem durch die Explosion der Weltmarktpreise für Erdöl, aber auch durch enorm gewachsene Kosten für den Abbau fast aller Rohstoffe die wirtschaftlichen Zwänge zu, sodass an sinkende Preise nicht mehr zu denken war.

Es gab unter dem Eindruck der steigenden Rohstoffpreise, aber auch der Produktion neuer, technisch modernerer Erzeugnisse insofern eine Korrektur, als der Grundsatz stabiler Preise auf die Erzeugnisse des Grundbedarfs beschränkt wurde. Als Beispiel führe ich die Preisbestätigung für einen Staubsauger an. Der Einzelhandelsverkaufspreis wurde mit 500 Mark festgelegt, das entsprach den aktuellen Herstellungskosten + Betriebsgewinn + 30 Mark Abgabe an den Staatshaushalt. Der Betrieb war verpflichtet, den Staubsauger zum Preis von 195 Mark, was hohe Subventionen erforderte, anzubieten. Fast unberührt blieben die Preise für Energie, Wasser, Brot, Butter, Unterwäsche, Strümpfe. Strom für 8 Pfennig KW/h, die Mietpreise unverändert auf dem Niveau von 1936.

Spätestens jetzt wäre eine breite gesellschaftliche Debatte notwendig gewesen, was soziale Sicherheit bedeutet und auch, ob stabile, das heißt für alle Zeiten unveränderte Verbraucherpreise gerecht, sozial vernünftig und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Wir als Preisamt haben analysiert und sind mit Vorschlägen bei der Parteiführung und unserer Regierung aktiv geworden. Wie wir von Manfred Domagk gehört haben - ohne Ergebnis.

Ich habe immer in Rechnung gestellt, dass die Führungsriege unseres Landes die großen Krisen 1918/1923 erlebt hat, in denen Brotpreise und Mieten explodierten, die Menschen hungerten. Auf die Goldenen 20er Jahre kam 1929 der Schwarze Freitag und dann 1945, als auf dem Schwarzmarkt das Brot 50 Mark und das Pfund Zucker 100 Mark kosteten. Zum dritten Mal in einer Generation hat der Kapitalismus den Deutschen Not und Preiswucher gebracht. Das sollte nie wieder geschehen – und führte zu dem zu kurzen Schluss: sozial ist, wenn die Preise für Brot, Mieten und alles, was die Menschen zum Leben brauchen, stabil bleiben.

Dies zu bedenken, hilft die ablehnende Haltung zu verstehen. Das ändert nichts daran, dass diese Preispolitik auch zum Ende der DDR beigetragen hat.

Bleibt also die Frage, wie hätte man es besser machen können?

Wie wäre es möglich gewesen, die soziale Sicherheit, die zweifelsohne einen außerordentlich hohen Wert für die DDR-Bürger hatte und die von den politisch Verantwortlichen niemals infrage gestellt wurde, bei Abbau der Subventionen und höheren Verbraucherpreise für Brot, Fleisch, Mieten, Wasser, Energie zu bewahren?

Es scheint auf den ersten Blick müßig, diese Frage heute zu stellen. Nichts deutet darauf hin, dass sich in überschaubarer Zeit in Deutschland Chancen für eine andere Gesellschaftsordnung ergeben. Dennoch sollte man nach Antworten suchen, nicht nur, weil jene, die an dem „Versuch DDR“ beteiligt waren, noch mitdenken können. Länder die aus der weltweiten Herrschaft des Kapitals ausbrechen und die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung verbessern wollen, könnten aus unseren Erfahrungen lernen – in Lateinamerika, in Afrika, in Asien, auch in Europa.

Aber auch für Gewerkschaften, linke Parteien und Bewegungen in der Bundesrepublik kann eine kritische Bilanz der Sozialpolitik, besonders der hochsubventionierten stabilen Verbraucherpreise hilfreich sein.

Obwohl in der DDR Lebensmittel und Dienstleistungen hoch gestützt waren, hatten außer Bildung und Gesundheitswesen alle Leistungen zumindest einen symbolischen Preis. Wir gingen davon aus: was nichts kostet wird nicht geachtet. Deshalb zahlten die Eltern für die Schulspeisung im Monat 14,85 Mark, für den Kindergarten 15,00 Mark, 1 Mark für Ferienspiele und die S-Bahn-Fahrt kostete 20 Pfennige.

Aussagefähige Preise

Die auch unter DDR-Ökonomen verbreitete These, in der DDR-Wirtschaft seien die Preise nicht aussagefähig gewesen, ist falsch. In meiner Studie, die ich in den 90er Jahren im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erarbeitet habe, konnte ich das anhand der Fakten und Zahlen nachweisen.

Man könnte die Verbraucherpreise, soweit sie aufgrund sozialer Zielsetzungen durch Subventionen verändert waren, als soziale Preise bezeichnen. Ich benutze diesen Begriff nicht gern, denn die Wirkung war nur bedingt sozial. Professoren profitierten von dem staatlich gestützten Preis ebenso wie die wenig verdienende Verkäuferin. Der Verbrauch der gestützten Produkte wurde stimuliert, was in der DDR zu einem überhöhten Fleischkonsum und gesundheitlichen Schäden führte. Und niemand zog in eine kleinere Wohnung wenn die Kinder aus dem Haus waren – wegen der extrem billigen Mieten.

Instrumentarien zum Steuern der Wirtschaft

Es besteht heute Konsens, dass die in der DDR praktizierte staatliche Preisfestsetzung der Vergangenheit angehört, in einer sozial orientierten Gesellschaft nicht erstrebenswert ist.

Das heißt aber nicht, dass der Staat die Verbraucherpreise vollständig der Wirtschaft überlässt und keine Preispolitik macht.

Über Steuern und Abgaben, die den Preis der Waren und Leistungen erhöhen oder senken, können zielgenau gesellschaftlich gewollte soziale und ökologische Wirkungen erreicht werden. Bier-, Alkohol- und Tabaksteuer zum Beispiel reduziert den Konsum und fördert die Gesundheit. In Großbritannien zum Beispiel wird wegen der zunehmenden Fettleibigkeit von Kindern über die Einführung einer zusätzlichen Steuer für zuckerhaltige Getränke, gestaffelt nach dem Zuckergehalt, debattiert. Erhöhung der Mehrwertsteuer für weit transportierte Lebensmittel (Mineralwasser, Bier, Äpfel) senkt den CO₂ Ausstoß und fördert die regionale Wirtschaft.

Senkung der Mehrwertsteuer für Reparaturen, so ein Vorschlag der LINKEN, verlängert die Lebensdauer der Geräte, spart Ressourcen und schafft zusätzliche Arbeitsplätze.

Keine Erfindung der Kommunisten

Deshalb bin ich der Überzeugung, dass jeder Staat zusätzlich zur Steuer- und Abgabenpolitik eine staatliche Preispolitik machen sollte. Diese Preispolitik muss sich auf gesellschaftliche Normen der Preisbildung konzentrieren, die Verbraucherpreise analysieren, Rahmenbedingungen setzen und bei Bedarf eingreifen.

Auch dazu gibt es ein ganzes Klavier an Verboten und Geboten, das man nicht neu erfinden müsste, sondern in vielen Ländern heute praktiziert wird. Beispiel sind Mietpreisbremse und Mietpreisnovelle, die den Anstieg der Mieten bremsen sollen. Wenn die Gebühren für Müllabfuhr in der Bundesrepublik heute in manchen Städten und Gemeinden mehr als viermal so hoch sind wie in anderen Städten und Gemeinden, ist das ein Signal, dass der Wettbewerb nicht funktioniert und der Staat eingreifen muss.

All das ist auch in der westlichen Welt nicht neu. Schon in der Weimarer Republik gab es einen Reichskommissar für Preisbildung – Carl-Friedrich Goerdeler; später Reichskommissar für Preisüberwachung. Die USA hatten in den Vierzigerjahren eine Aufsichtsbehörde zur Kontrolle von Löhnen und Preisen. John Kenneth Galbraith leitete diese Behörde und empfahl auch später als Berater von Kennedy und Johnson staatliche Preiskontrollen zur

Armutsbekämpfung. In Österreich existiert seit 1992 ein Preisgesetz, wonach das Wirtschaftsministerium falls eine Störung der Versorgung besteht oder droht "wirtschaftlich gerechtfertigte Preise" bestimmen kann. Die Preisbildung für Arzneimittel ist in Österreich gesetzlich geregelt, zuständig ist die Preiskommission beim Gesundheitsminister.

Also - die Kommunisten haben Preiskontrolle und Preisgesetze nicht erfunden!